

Ulis Newsletter zur Corona-Krise vom 03.07.2020

Liebe Freundinnen und Freunde,

die wichtigste politische Nachricht kommt heute aus dem Nicht-Corona-Bereich. Nach Monaten der Auseinandersetzung haben wir im Bundesrat heute eine Mehrheit für eine Initiative zur Verbesserung der Rechte von Geflüchteten in Arbeit erreicht, die insbesondere in der Hochphase der Flüchtlingszugänge zu uns gekommen sind. Bisher war das Problem: Wer bis Ende Februar 2016 nach Deutschland kam und in einem Betrieb beschäftigt ist, kann trotzdem abgeschoben werden, wenn sie / er nicht bereits seit 12 Monaten eine Duldung besitzt. Damit entstand für abgelehnte Asylbewerber/innen und ihre Arbeitgeber ein unsäglicher Wettlauf gegen die Zeit. Die Bundesrat-Entscheidung soll diese Wartezeit nun deutlich verkürzen, indem auch der Zeitraum angerechnet wird, in dem ein Flüchtling sich im Asylverfahren befindet. Durch die Initiative werden auch die Personen erfasst, deren Asylverfahren aufgrund des hohen Flüchtlingszugangs nicht in angemessener Zeit abgeschlossen werden konnten. Wir hoffen, dass der Bundestag sein Aufenthaltsgesetz nun ändert. Das würde einige Tausend Menschen, die gut integriert sind, vor einer Abschiebung bewahren. Besten Dank für eure Aufmerksamkeit für unseren Newsletter (NL) in der zu Ende gehenden Woche, für Rückmeldungen, Kritik und Lob. Letzteres gebe ich gerne an mein Team mit Zenobya, Fadime und Martin weiter. Und da schon gefragt wurde: Deren Tätigkeit besteht nicht überwiegend in der Redaktionsarbeit für den NL: Das machen sie alltäglich neben vielfältigen Aufgaben einfach nebenher. Morgen wird kein NL erscheinen. Am Sonntag sind wir da, wenn die Nachrichtenlage es hergibt. Sonst am Montag wieder.

Bleibt gesund und macht euch ein schönes Wochenende! Herzliche grüne Grüße, Uli

Entwicklung der Corona-Fallzahlen

Bundesebene:

03.07.2020: 195.674 Fälle insgesamt (& 446); 9.003 Todesfälle (& 9).

(Quelle: RKI, online aktualisiert um 08:30 Uhr)

Landesebene:

03.07.2020: 35.817 Fälle insgesamt (& 37); 1.837 Todesfälle (Korrekturmeldung – 2); 33.454 genesen (& 42). Im Land sind aktuell 526 Menschen infiziert.

(Quelle: Sozialministerium BW, 16 Uhr)

Kreisebene:

03.07.2020: 982 Fälle insgesamt (-); 40 Todesfälle (-); 936 genesen (& 2). Im Landkreis sind aktuell noch 6 Personen infiziert. (Quelle: Gesundheitsamt RNK, 12.30 Uhr)

Corona-bedingte Nachrichten

Inland

Lernbrücken im Sommer

Zehntausende Schüler sollen in den Sommerferien Wissenslücken nach der Corona-Pandemie schließen. Das Kultusministerium stellte heute Details eines freiwilligen Nachhilfeprogramms vor. Auch der Einsatz der Lehrer in den Ferien soll demnach freiwillig sein - und mit 40 Euro je Stunde Aufwandsentschädigung zusätzlich zum Gehalt belohnt werden.

Die Kurse finden in der letzten und in der vorletzten Ferienwoche statt, drei Stunden pro Tag soll gelernt werden. Die Fächer Deutsch und Mathematik stehen dabei im Fokus. Die Lehrer entscheiden dabei, welche Schüler Förderunterricht nötig haben. Das Kultusministerium rechnet damit, dass bis zu 150 000 Schülerinnen und Schüler die sogenannten „Lernbrücken“ wahrnehmen könnten.

<https://km-bw.de/,Lde/Startseite/Service/2020+07+03+Lernbruecken+in+den+Sommerferien>

Helmholtz-Institut will bundesweit 60 000 Blutproben auswerten

Nach bisheriger Kenntnis bleiben viele Sars-CoV-2-Infektionen wegen ihres milden Verlaufs unerkannt. Infizierte bilden aber Antikörper gegen das Virus. Die Studie soll Aufschluss darüber geben, wie viele Menschen in Deutschland sich tatsächlich bisher mit dem Virus angesteckt haben und nach bisherigen Erkenntnissen der Wissenschaft als immun gelten.

<https://www.tagblatt.de/Nachrichten/Helmholtz-Institut-bundesweit-60-000-Blutproben-auswerten-463151.html>

Rheda-Wiedenbrück: Eine Stadt, vereint in Wut

Rheda-Wiedenbrück und Tönnies verbindet eine lange Geschichte. Und nun Lockdown, kein Urlaub, Ungewissheit. Trägt Tönnies allein die Schuld an der Misere? Ein Ortsbesuch.

https://www.zeit.de/gesellschaft/2020-06/rheda-wiedenbrueck-toennies-coronavirus-ausbruch-guetersloh?utm_source=pocket-newtab-global-de-DE

Insolvenzwellen nur verschoben?

Bisher blieb die befürchtete Insolvenzwelle aufgrund von Corona aus. Das könnte u.a. daran liegen, dass die Bundesregierung zahlungsunfähige Unternehmen für ein halbes Jahr von der Pflicht entbunden hat, ihre Insolvenz bei Gericht anzuzeigen. Das schont die wegen Corona in finanzielle Not geratenen Firmen und schadet deren Geschäftspartnern, weil die nun nicht

wissen können, dass sie mit einer zahlungsunfähigen Firma Geschäfte machen. Ende September endet die Aussetzung der Anzeigepflicht und dann erwartet Patrik-Ludwig Hantzsch, Leiter der Wirtschaftsforschung im Verband der Vereine Creditreform eine Insolvenzwelle.

https://www.heise.de/news/Insolvenzen-Ab-Herbst-werden-wir-ueberrollt-4801053.html?utm_source=pocket-newtab-global-de-DE

„Die zweite Welle haben wir selbst in der Hand“

Ilaria Capua, 54, eine der führenden Virologinnen weltweit, zeichnet ein überaus interessantes Bild der Corona-Pandemie. Sie erklärt, dass es der Globalisierung zu verdanken ist, dass das Virus so schnell so groß wurde. Sie ruft dazu auf, endlich ein Modell für nachhaltige Gesundheit zu entwickeln, appelliert an uns zu verstehen, dass wir in einem extrem verknüpften, wechselseitig abhängigen System von Mensch und Tier leben und erinnert und alle daran, dass wir eine zweite Welle selbst in der Hand haben.

https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/interview-mit-der-virologin-ilaria-capua-die-zweite-welle-haben-wir-selbst-in-der-hand/25951024.html?utm_source=pocket-newtab-global-de-DE

Ausland

Chinesen warnen vor der Wiederkehr der Schweinegrippe

Grippe-Spezialisten aus China warnen vor einem neuen Influenza-Stamm mit Pandemie-Potential: ein Influenzavirus-Typ, der in Schweinemast-Hochburgen immer dominanter wird. Auch Menschen stecken sich an – doch die akute Gefahr ist unklar. Pandemie-Warnungen hat es in den vergangenen Jahren immer wieder gegeben, auch lange nach dem kurzen Aufflackern der Schweinegrippe-Pandemie vor elf Jahren. Die Forscher sagen zwar, dass der G4-Genotyp der Schweinegrippe-Ressortanten alle entscheidenden Merkmale besäße, der ihn zu einem Kandidaten für eine Influenza-Pandemie mache – aktuelle Zahlen aus dem Jahr 2020 gibt es aber nicht! Die akute Gefahr ist also unklar, diese Pandemie-Warnung kommt aber zu einem denkbar ungünstigsten Zeitpunkt.

https://www.faz.net/aktuell/wissen/medizin-ernaehrung/pandemie-alarm-chinesen-warnen-vor-wiederkehr-der-schweinegrippe-16837327.html?utm_source=pocket-newtab-global-de-DE

Schweden überprüft seinen Sonderweg

Die Corona-Pandemie hat Schweden hart getroffen - das Land verzeichnet eine wesentlich höhere Sterberate als seine Nachbarländer. Auch viele Schweden hadern mit dem Sonderweg der Regierung. Die lässt das Corona-Krisenmanagement jetzt überprüfen. Sie beauftragte die staatlich finanzierte Schwedische Agentur für Verteidigungsforschung (FOI) mit der Analyse.

<https://www.tagesschau.de/ausland/schweden-229.html>

England lockert Quarantäne-Regeln

Großbritannien lockert in der Corona-Krise weiter seine Vorschriften. Für Bürger aus Ländern mit "geringerem Risiko" - darunter Deutschland - soll die 14-tägige Quarantänepflicht bei der Einreise nach England nun fallen.

<https://www.tagesschau.de/ausland/lockerungen-grossbritannien-101.html>

Coronavirus in US-Bundesstaaten - Quarantäne und Maskenpflicht zum 4. Juli

Angesichts der rasant steigenden Corona-Fallzahlen ändern viele US-Staaten ihren Kurs. Vor dem Feiertagswochenende nehmen sie Lockerungen zurück, sperren Strände oder führen eine Maskenpflicht ein.

<https://www.tagesschau.de/ausland/corona-usa-143.html>

Nachrichten – (fast) ohne Corona

Ein Erfolg im Bundesrat: Bleiberecht für Asylbewerberinnen und –Bewerber:

Es gibt Themen, die lassen dich nicht los. Weder die investierte Kraft und Arbeit, noch die erlittenen Rückschläge vermag man zu zählen. Genauso verhält es sich mit dem Bleiberecht für Asylbewerberinnen und –Bewerber. Sie arbeiten und sind gut integriert, werden aber abgeschoben: Ein Unding, finden viele Arbeitgeber und ich sehe das genauso.

Doch welche Lösungen kann es geben? Eine Änderung im Aufenthaltsgesetz!

Da sich die Bundesregierung nicht bewegt, bleibt uns nur der Gang über den Bundesrat. Hier kann ich nun endlich einen baden-württembergischer Erfolg vermelden: Die von uns eingebrachte Bleiberechtsinitiative wurde heute als Mehrheitsbeschluss verabschiedet.

Mit dem Beschluss strebt die Länderkammer eine Änderung im Aufenthaltsgesetz an. Dadurch sollen jene Geflüchteten eine sichere Bleibeperspektive erhalten, die im Zuge der hohen Zugangszahlen nach Baden-Württemberg gekommen waren, sich gut integriert haben und hier arbeiten. Gleichzeitig sollen Arbeitgeber eine rechtlich wasserdichte Zusicherung bekommen, dass ihre engagierten, gut ausgebildeten und arbeitswilligen Mitarbeiter nicht abgeschoben werden.

Der Bundesrat fordert somit zu tragen und den Antrag zu unterstützen, wenn sich der Bundestag als nächstes mit dem Gesetzesbeschluss befasst. Die Entscheidung im Bundesrat ist gutes Signal, auf das Unternehmen und Flüchtlinge lange gewartet haben! Und es ist ein klares Signal in Richtung Bundesregierung, die wir auffordern, dem Wunsch der Länder zu folgen.

Bisher war das Problem: Wer bis Ende Februar 2016 nach Deutschland kam und in einem Betrieb beschäftigt ist, kann trotzdem abgeschoben werden, wenn er bzw. sie nicht bereits seit 12 Monaten eine Duldung besitzt. Damit entsteht für abgelehnte Asylbewerberinnen und Asylbewerber sowie für ihre Arbeitgeber ein unsäglicher Wettlauf gegen die Zeit. Die Bundesrat-Entscheidung soll diese Wartezeit nun deutlich verkürzen, indem auch der Zeitraum angerechnet wird, in dem ein Flüchtling sich im Asylverfahren befindet. Durch die Initiative werden auch Personen umfasst. Durch die Initiative werden auch die Personen erfasst, die vor Beginn der Hochphase eingereist sind und deren Asylverfahren aufgrund des hohen Flüchtlingszugangs nicht in angemessener Zeit abgeschlossen werden konnten.

Upskirting und „Gaffen“ werden strafbar

Zwei weitere Erfolge im Bundesrat: Das heimliche Fotografieren unter den Rock oder in den Ausschnitt („Upskirting“) sowie das Fotografieren oder Filmen von Unfalltoten sind künftig Straftaten.

Der Bundestag beschloss am frühen Freitagmorgen in Berlin ein Gesetz, das eine Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder eine Geldstrafe für das heimliche Fotografieren unter den Rock oder in den Ausschnitt vorsieht. Gelten soll es voraussichtlich ab dem Herbst. Bislang galt das Fotografieren unter den Rock meist als Ordnungswidrigkeit. Es wurde nur dann als Straftat geahndet, wenn der Täter das Opfer berührt oder zusätzlich beleidigt und erniedrigt.

Neben der Strafbarkeit des so genannten „Upskirtings“, hat der Bundestag noch eine weitere Forderung aus Baden-Württemberg als Gesetz beschlossen: Künftig wird mit Geldstrafe oder mit Freiheitsstrafe von bis zu zwei Jahren bestraft, wer Unfalltote fotografiert oder filmt. Aufgrund einer Strafbarkeitslücke waren bislang so genannte Gaffer-Fotos bei Unfällen und Unglücksfällen von Toten straflos.

<https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/bundestag-gesetz-verbesserung-des-persoenschutzes-bei-bildaufnahmen-beschlossen-upskirting-gaffen-straftat-freiheitsstrafe/>

Frankreichs Regierung tritt zurück

Nach der "grünen Welle" bei den Kommunalwahlen ist Schluss für Frankreichs Mitte-Regierung: Die französische Regierung unter Premierminister Édouard Philippe ist zurückgetreten. Philippe habe den Rücktritt seines Kabinetts bei Präsident Emmanuel Macron eingereicht, teilte der Elyséepalast in Paris am Vormittag mit. Der neue Premierminister werde "in den kommenden Stunden" bekannt gegeben. Macron hatte vor dem Hintergrund des Triumphs der Grünen bei den französischen Kommunalwahlen bereits eine Kabinettsumbildung angedeutet.

<https://www.tagesschau.de/ausland/frankreich-ruecktritt-regierung-101.html>

Rhein-Neckar-Kreis

Mobilitätskonzept Radverkehr

In der Kreissporthalle in Wiesloch (Parkstraße 7, 69168 Wiesloch) findet die nächste öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und Wirtschaft des Kreistags Rhein-Neckar-Kreis statt: Am Dienstag, 7. Juli, ab 14 Uhr befasst sich das Gremium dabei unter anderem mit der Fortschreibung des Mobilitätskonzepts Radverkehr Rhein-Neckar-Kreis, den Corona-bedingten Auswirkungen im ÖPNV sowie mit dem betrieblichen Mobilitätsmanagement im Landratsamt.

<https://www.rhein-neckar-kreis.de/start/aktuelles/ausschuss%20fuer%20umwelt%20verkehr%20und%20wirtschaft%20tagt%20am%207%20juli.html>

https://ratsinformation.rhein-neckar-kreis.de/sdnet/tops/?_id=UGhVM0hpd2NXNFdFcExjZabbLFeZvDIQYJYhr0xn2Mc

Tag für Tag – wichtige Informationsquellen

Webseiten

Bundesebene und weltweit:

https://www.rki.de/DE/Home/homepage_node.html

<https://www.youtube.com/playlist?list=PLRsi8mtTLFAyJaujkSHyH9NqZbgm3fcvy>

(Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung)

<https://www.bmbf.de/de/faktencheck-zum-coronavirus-11162.html>

(Faktencheck des Bundesministeriums für Bildung und Forschung)

Baden-Württemberg:

<https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/de/startseite/>

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/coronavirus-liveblogbw-100.htm>

<https://www.verbraucherzentrale-bawue.de/beratung-daheim>

Rhein-Neckar-Kreis:

<https://www.rhein-neckar-kreis.de/start/landratsamt/coronavirus-+-faq.html>

Wichtig für euren persönlichen Umgang:

https://www.rhein-neckar-kreis.de/site/Rhein-NeckarKreis2016/get/params_E1009443154/2445770/Merkblatt_Coronavirus_Selbsteinsch%C3%A4tzung.pdf

Wichtige Infos in anderen Sprachen:

<https://www.integrationsbeauftragte.de/ib-de/amt-undperson/informationen-zumcoronavirus>

Informationen in leichter Sprache:

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/coronavirus/coronavirusleichte-sprachegebaerensprache>

Hotlines Baden-Württemberg:

Telefonberatung für psychisch belastete Menschen: 0800 377 377 6 (täglich, 8 bis 20 Uhr)

Hotline Landesgesundheitsamt: 0711 904-39555 (Mo – Fr, 9 bis 18 Uhr)

Corona-Hotline für Unternehmen: 0800 40 200 88 (Mo – Fr, 9 bis 18 Uhr, kostenfrei)

Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“: 0800 011 6010 (aufgrund der Isolation rechnen Expertinnen und Experten mit einem Anstieg an Gewalt, insbesondere gegen Frauen – schrecklich!!)

Task Force „Beschaffung Schutzkleidung“: 0800 67 38 311 (Mo – Fr, 7 bis 22 Uhr; Sa – So, 9 – 18 Uhr) (Wer etwa Atemschutzmasken, Mundschutze etc. spenden will oder Ideen zur Bestellung hat, soll sich bitte hier melden)

Rhein-Neckar-Kreis: Hotline Gesundheitsamt Rhein-Neckar 06221 – 522 – 1881 (Mo – Fr, 7.30 – 19 Uhr)